Beginn: 19:30 Uhr
 Ende: 21:30 Uhr

Sitzung-Nr: 11/gr/014/2011
 WP.: 2009/2014

NIEDERSCHRIFT
über die am 13.12.2011
im ehemaligen Schulhaus, Hauptstraße 36, 76857 Völkersweiler
stattgefundene 14. Sitzung des Ortsgemeinderates der Ortsgemeinde Völkersweiler

Zeit, Ort und Tagesordnung wurden am 05.12.2011 öffentlich bekannt gemacht (§ 34 Abs. 6 GemO)
 Alle Ratsmitglieder wurden am 02.12.2011 schriftlich eingeladen.
 Gesetzliche Zahl der Ratsmitglieder gemäß § 29 GemO: 13
 Zahl der Beigeordneten: 2, stimmberechtigte Beigeordnete: 2

Zu Beginn der Sitzung waren anwesend:

Ortsbürgermeister

Ernst Braun	
-------------	--

Erster Beigeordneter und Ratsmitglied

Gerhard Hammer	
----------------	--

Beigeordnete und Ratsmitglied

Dr. Maria Sattel	
------------------	--

Ratsmitglieder

Andreas Braun	
---------------	--

Matthias Braun	
----------------	--

Georg Geenen	
--------------	--

Michael Götz	
--------------	--

Andreas Hammer	
----------------	--

Rigobert Mandery	
------------------	--

Rainer Müller	
---------------	--

Walter Wegmann	
----------------	--

Sachverständige

Brigitte Busch	
----------------	--

Verwaltung

Hans-Peter Spies	
------------------	--

Schriftführer

Manuel Pätzold	
----------------	--

Abwesend:

Ratsmitglieder

Franz Kempf	entschuldigt
-------------	--------------

Josef Rothe jun.	entschuldigt
------------------	--------------

--	--

Tagesordnung:

A. Öffentlicher Teil

- 1 Verpflichtung eines Ratsmitgliedes
 - 2 Wahl eines ordentlichen Mitgliedes in den Rechnungsprüfungsausschuss
 - 3 Bebauungsplanverfahren "Josefshof" gem. § 13 a Baugesetzbuch (BauGB)
 1. Beratung und Beschlussfassung über die Anhörung eines Sachverständigen
 2. Aufstellungsbeschluss gem. § 2 BauGB
 3. Billigung des Planentwurfes
 4. Beschlussfassung über die Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gem. § 4 Abs. 1 BauGB
 5. Beschlussfassung über die Offenlage
- Vorlage: 11/014/IV/360/2011

- 4 Aufhebung des Bebauungsplanes "Nord-Ost"
 1. Beratung und Beschlussfassung über die Aufhebung des Bebauungsplanes
 2. Billigung der Aufhebungssatzung
 3. Beschlussfassung über die vorgezogene Öffentlichkeitsbeteiligung
 4. Beschlussfassung über die Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange
 Vorlage: 11/015/IV/361/2011
 - 5 Festsetzung der Realsteuerhebesätze 2012/2013
Vorlage: 11/009/V/064/2011
 - 6 Festsetzung des wiederkehrenden Beitrages Feld- und Waldwege für 2012/2013
Vorlage: 11/010/V/073/2011
 - 7 Feststellung des Jahresabschlusses 2008 und Erteilung der Entlastung gem. § 114 GemO sowie Änderung der Eröffnungsbilanz
 - 8 Verschiedenes
-

Der Ortsbürgermeister begrüßte die anwesenden Ratsmitglieder, Einwohner sowie die Presse. Er stellte die Beschlussfähigkeit des Rates fest und eröffnete die Sitzung. Einwände gegen die Niederschrift der letzten Sitzung wurden keine erhoben.

1 Verpflichtung eines Ratsmitgliedes

Vor Amtsantritt des neuen Ratsmitgliedes Michael Götz wird dieser auf die Rechte und Pflichten als Ratsmitglied aufmerksam gemacht. Danach wurde vom Ortsbürgermeister die Verpflichtungsformel vorgelesen und schließlich Herr Michael Götz als neues Ratsmitglied vereidigt.

Herrn Michael Götz wurde vom Ortsbürgermeister als neues Ratsmitglied vereidigt.

2 Wahl eines ordentlichen Mitgliedes in den Rechnungsprüfungsausschuss

Nachdem das bisherige Ausschussmitglied, Herr Willi Brandenburger, verstorben ist, ist die Wahl eines ordentlichen Mitgliedes in den Rechnungsprüfungsausschuss erforderlich geworden. Zunächst beschließt der Gemeinderat einstimmig, die Wahl per Akklamation durchzuführen.

Anschließend wird das Ratsmitglied Rigobert Mandery einstimmig in den Rechnungsprüfungsausschuss gewählt.

3 Bebauungsplanverfahren "Josefshof" gem. § 13 a Baugesetzbuch (BauGB)

- 1. Beratung und Beschlussfassung über die Anhörung eines Sachverständigen**
 - 2. Aufstellungsbeschluss gem. § 2 BauGB**
 - 3. Billigung des Planentwurfes**
 - 4. Beschlussfassung über die Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gem. § 4 Abs. 1 BauGB**
 - 5. Beschlussfassung über die Offenlage**
- Vorlage: 11/014/IV/360/2011**

Die Aufstellung des Bebauungsplanes dient vorrangig der planungsrechtlichen Sicherung der vorhandenen Bebauung der Liegenschaft „Josefshof“ und lässt nur in sehr geringem Umfang – ca. 10 % - eine zusätzliche Bebauung zu.

Die Aufstellung des Bebauungsplanes soll in dem sog. beschleunigtem Verfahren nach § 13a BauGB erfolgen. Die sachlichen Anwendungsvoraussetzungen sind hierfür gegeben.

Der Gemeinderat beschließt einstimmig, die Sachverständige Frau Brigitte Busch zum Planentwurf anzuhören.

Alle anfallenden Fragen der Ratsmitglieder bzgl. des Bebauungsplanverfahrens werden von der Sachverständigen Frau Brigitte Busch und Herrn Hans-Peter Spies von der Verbandsgemeindeverwaltung beantwortet.

Zur Wiedernutzbarmachung und zur baurechtlichen Sicherung der Flächen des Josefshofes beschließt der Ortsgemeinderat einstimmig die Aufstellung des Bebauungsplanes „Josefshofes“. Die Aufstellung erfolgt gem. § 13 a BauGB.

Der erarbeitete Bebauungsplanentwurf, wird einschließlich den textl. Festsetzungen und der Begründung vom Ortsbürgermeister mit 9 Ja-Stimmen und 2 Enthaltungen in der vorgelegten Form gebilligt.

Der Gemeinderat beschließt außerdem einstimmig die Träger öffentlicher Belange an dem Bebauungsplanverfahren gem. § 4 Abs.1 BauGB zu beteiligen.

Ebenfalls beschließt der Gemeinderat einstimmig, den Bebauungsplanentwurf für einen Monat im Verbandsgemeindebauamt gem. § 3 Abs.2 BauGB offenzulegen.

4 Aufhebung des Bebauungsplanes "Nord-Ost"

1. Beratung und Beschlussfassung über die Aufhebung des Bebauungsplanes

2. Billigung der Aufhebungssatzung

3. Beschlussfassung über die vorgezogene Öffentlichkeitsbeteiligung

4. Beschlussfassung über die Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange

Vorlage: 11/015/IV/361/2011

Die Ratsmitglieder Andreas Hammer, Georg Geenen, Matthias Braun, Walter Wegmann und Gerhard Hammer waren gem. § 22 GemO von der Beratung und Beschlussfassung ausgeschlossen.

Der v.g. Bebauungsplan mit all seinen Änderungen soll aufgehoben werden, da er seinen Zweck erfüllt hat. Das Gebiet ist überwiegend bebaut.

Eine Beurteilung evtl. eingehender Bauanträge würde sich dann gem. § 34 Baugesetzbuch (bauen im unbeplanten Innenbereich) beurteilen.

Der Gemeinderat beschließt nach kurzer Beratung mit 5 Ja-Stimmen und 1 Enthaltung, dass der Bebauungsplan „Nord-Ost“ mit all seinen Änderungen aufgehoben werden soll.

Die Aufhebungssatzung und die Begründung wird vom Ortsgemeinderat mit 5 Ja-Stimmen und 1 Enthaltung, in der vorgelegten Form gebilligt.

Der Ortsgemeinderat beschließt mit 5 Ja-Stimmen und 1 Enthaltung, die vorgezogene Öffentlichkeitsbeteiligung der Aufhebungssatzung des Bebauungsplanes durchzuführen.

Der Gemeinderat beschließt mit 5 Ja-Stimmen und 1 Enthaltung gem. § 4 Abs.1 BauGB die Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange an dem Bebauungsplanverfahren zu beteiligen.

5 Festsetzung der Realsteuerhebesätze 2012/2013

Vorlage: 11/009/V/064/2011

Die Hebesätze für die Realsteuern der Ortsgemeinde Völkersweiler sind derzeit wie folgt festgesetzt:

-	Grundsteuer A	-	269 v.H.
-	Grundsteuer B	-	317 v.H.
-	Gewerbesteuer	-	352 v.H.

Im Landesfinanzausgleichsgesetz (L FAG) sind die **Nivellierungssätze** der Realsteuern zur Berechnung

der Steuerkraftmesszahl zur Zeit wie folgt festgesetzt:

-	Grundsteuer A	-	285 v.H.
-	Grundsteuer B	-	338 v.H.
-	Gewerbsteuer	-	352 v.H.

Bei dem Nivellierungssatz für die Gewerbsteuer ist der im maßgebenden Zeitraum geltende Vervielfältiger für die Gewerbesteuerumlage abzuziehen.

Bedeutung für die Ortsgemeinden erlangen die Nivellierungssätze im Zusammenhang mit der Berechnung der Schlüsselzuweisungen sowie der Kreis- und Verbandsgemeindeumlage.

Für die Bewilligung verschiedener **Zweckzuweisungen** des Landes (z.B. Zuweisungen aus dem Investitionsstock) ist u.a. Fördervoraussetzung, dass die antragstellende Gemeinde Ihre Einnahmequellen ausschöpft. Mindesthebesätze in diesem Zusammenhang sind nicht mehr definiert.

Bei der förderrechtlichen Entscheidung, ob eine Kommune die eigenen Einnahmequellen ausschöpft, wird zukünftig die individuelle Haushaltssituation der jeweiligen Kommune stärker berücksichtigt.

Orientierungsgrundlage bei den Realsteuerhebesätzen könnten dabei die Nivellierungssätze des Landesfinanzausgleichsgesetzes (LFAG) oder eine vergleichende Betrachtung mit anderen kommunalen Gebietskörperschaften gleicher Größenordnung sein. Vor diesem Hintergrund wird empfohlen, mindestens die Nivellierungssätze nach dem Landesfinanzausgleichsgesetz (LFAG) festzusetzen.

Ein Ratsmitglied stellt den Antrag, die Grundsteuer A auf 275 v.H. und die Grundsteuer B auf 325 v.H. anzuheben, um die Bürger nicht höher zu belasten. Die Gewerbsteuer soll unverändert bei 352 v.H. bleiben

Der Gemeinderat beschließt einstimmig, die Hebesätze für die Grundsteuer A auf 275 v.H. und für die Grundsteuer B auf 325 v.H. festzusetzen, die Gewerbsteuer bleibt unverändert bei 352 v.H.

6 Festsetzung des wiederkehrenden Beitrages Feld- und Waldwege für 2012/2013 Vorlage: 11/010/V/073/2011

Der wiederkehrende Beitrag Feld- und Waldwege ist derzeit auf 4,09 € je ha festgesetzt.

Der beiliegenden Beitragskalkulation kann entnommen werden, in welcher Höhe bei einem gleichbleibendem Beitragssatz in den kommenden Jahren Ausgaben für die Wirtschaftswege zur Verfügung stehen.

Es wird empfohlen, den Beitragssatz i.H.v. 4,09 € je ha unverändert beizubehalten.

Nach kurzer Beratung beschließt der Gemeinderat einstimmig, die wiederkehrenden Beiträge für Feld- und Waldwege unverändert beizubehalten. Somit beträgt der wiederkehrende Beitrag für Feld- und Waldwege weiterhin 4,09 € je ha.

7 Feststellung des Jahresabschlusses 2008 und Erteilung der Entlastung gem. § 114 GemO sowie Änderung der Eröffnungsbilanz

Der Ortsbürgermeister übergibt zur Feststellung des Jahresabschlusses 2008 und Erteilung der Entlastung den Vorsitz an den Vorsitzenden des Rechnungsprüfungsausschusses Rainer Müller. Dieser unterrichtet den Gemeinderat kurz über die Bilanzen im Jahr 2008 und das positive Ergebnis.

Der Gemeinderat beschließt einstimmig gemäß § 114 GemO die Feststellung des Jahresabschluss 2008 sowie die Änderung der Eröffnungsbilanz und erteilt dem Ortsbürgermeister und den Beigeordneten sowie dem Bürgermeister und den Beigeordneten der Verbandsgemeinde Annweiler am Trifels die Entlastung gemäß § 114 GemO.

8 Verschiedenes

Der Ortsbürgermeister informiert den Gemeinderat darüber, dass die Arbeiten der Firma Erhart aus Schwanheim an der Friedhofshalle abgeschlossen sind. Weiterhin informiert er auf Anfrage eines Ratsmitglieds, dass im Januar 2 neue Satzungen zur Hundesteuer kommen sollen.

Worüber Niederschrift

Der Vorsitzende

Der Schriftführer